

„Der Zubau erneuerbarer Stromerzeugung muss ambitioniert voran kommen“



Eva Bulling-Schröter MdB
ist Sprecherin für Energie und
Klimaschutz der Fraktion Die Linke.

Welche Bilanz ziehen Sie mit Blick auf die Energiepolitik der Bundesregierung in dieser Legislatur?

Die Energiewende wird ausgebremst, Kohleverstromung steigt und die Effizienz stagniert – was wollen die Kohle- und Erdölkonzerne mehr? Der Trend der herrschenden Politik für Großkonzerne ist ungebrochen. Dass Sigmar Gabriel als kompetenter ehemaliger Umweltminister, heute de facto den Kohlekonzernen zuarbeitet und die Klimaziele rockt, ist schon eine Ironie der Geschichte. Uralt-Kohlemeiler, die sowieso vom Netz gegangen wären, werden für die Abschaltung mit viel Geld belohnt. Beim EEG wird auf Preiskampf und Dumping gesetzt, hier werden die Großen die Kleinen vom Markt fegen und die Qualität von erneuerbaren Anlagen und Arbeitsplätzen unter der Billig-billig-Lehre leiden. Vermutlich wird der Ausbau insgesamt abgebremst. Bei der Energieeffizienz geht trotz guter Ideen nichts voran, auch hier frisst die Bundesregierung der Lobby der fossilen Energieindustrie aus der Hand. Die Energiebilanz im Verkehrsbereich ist verheerend und aus klimapolitischer Sicht beschämend. Der Verkehrsminister schert sich keinen Deut um Klimaziele. Leider reitet uns die Elektroauto-Prämie nur noch weiter in die Misere, solange diese Autos mit Kohlestrom fahren, der der schmutzigste ist, den man sich vorstellen kann.

Welche Themen sollten aus Ihrer Sicht in dieser Legislaturperiode noch angegangen werden?

Der wichtigste Schritt, der so schnell wie möglich gemacht werden müsste, ist der gesetzliche Kohleausstieg und ein gleichzeitiges Strukturprogramm für die Braunkohleregionen in der Lausitz und im Ruhrgebiet. Je länger mit diesem unumgänglichen Schritt gewartet wird, umso schlimmer wird es für die Menschen in diesen Regionen, die um ihre Arbeitsplätze fürchten. Klimapolitisch läuft uns die Zeit davon. Es ist ein Gebot der Vernunft, den Kohleausstieg jetzt einzuleiten, damit keine harten Strukturbrüche stattfinden. Denn Strukturpolitik geht nicht von heute auf morgen. Aber so relativ kurz vor der Landtagswahl in NRW im Mai 2017, die für die SPD bundespolitisch immer bedeutsam war, ist mit einem SPD-Minister natürlich an Kohleausstieg nicht zu denken! Auch im Verkehrsbereich sind mit der Elektro-Prämie falsche Mittel eingesetzt worden, um die Wählerschaft zu besänftigen. Sie wird klimapolitisch nichts bewirken. Die Emissionen im Verkehrsbereich sind seit 1990 angestiegen, obwohl sie hätten sinken sollen. Im Autofahrerland ist die Reduktion des Individualverkehrs leider ein heißes Eisen, weil die GroKo fürchtet, sich die Finger zu verbrennen. →

Worin sehen Sie die zentralen energiepolitischen Aufgaben in der nächsten Legislatur?

Das Motto müsste zunächst vermutlich Schadensbegrenzung heißen: Da die Klimaziele 2020 verfehlt werden, müsste man schnellstens dafür sorgen, dass sie nicht krachend, sondern nur knapp verfehlt werden. Wir haben trotz des Anstiegs erneuerbaren Stroms immer mehr Kohlestromerzeugung für den Export. Das muss aufhören. Der Kohleausstieg steht daher ganz oben auf der Agenda. Der Zubau erneuerbarer Stromerzeugung muss ambitioniert voran kommen, denn er bleibt das Zugpferd der Energiewende und übernimmt künftig auch Teile des Wärmesektors. Zudem brauchen wir endlich die steuerliche Förderung von Gebäudesanierung, die schon zwei Mal an den Ländern gescheitert ist. Man müsste schleunigst dafür sorgen, dass im zukünftigen Verkehrsministerium Klimaziele eine Rolle spielen. Eine größere Anzahl Unternehmen, denen man derzeit die Strom-Verschwendung belohnt, müsste künftig darauf verzichten und zu Effizienz angehalten werden. Insgesamt muss man mehr das Gesamtsystem Energie in den Blick nehmen, denn zukunftsfähige Energiepolitik muss viel stärker die künftige Entwicklung und Verzahnung der Sektoren berücksichtigen.

Welche Maßnahmen muss die EU ergreifen, um die Energiewende auf europäischer Ebene zu gestalten und den Energiebinnenmarkt voran zu bringen?

Zunächst muss man darum kämpfen, dass Errungenschaften nicht kaputt gemacht werden: Der Vorrang für erneuerbare Energien wackelt, er sollte in der Neufassung der EU-Richtlinie für erneuerbare Energien Ende des Jahres fest verankert werden. Das EU-Leitprinzip „efficiency first“ vom Februar 2015 ist gut, es sollte aber auch ernst genommen und mit Leben gefüllt werden. Bislang schreibt sich die Kommission zwar gerne eine erneuerbare und effiziente Zukunft auf die Fahnen, stärkt aber im gleichen Atemzug die fossil-atomare Industrie und bleibt bei den Zielen wenig ambitioniert. „Efficiency first“ darf nicht dazu führen, dass immer mehr neue Technik immer mehr den Verbrauch anheizt, also einen sogenannten Rebound-Effekt erzeugt. Der Energie-Verbrauch muss reduziert werden, dafür gibt es auch ganz einfache Wege, die jeder kennt. Die EU-Kommission sollte endlich ihre widersprüchliche Politik beenden und im Sinne des Pariser Klimaabkommens handeln.